

Militärdienste im Frieden in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse ansuchen und haben die zur Begründung derartiger Vergünstigungen bestehenden Verhältnisse einige Zeit vor Beginn der Musterung und spätestens im Musterungstermine selbst anzubringen und ihre Anträge durch Vorlegung bezüglicher, von wirklich in Amt und Pflicht stehenden oberschichtlichen Personen ausgestellt, auf eigener genauer Kenntniss der Verhältnisse des Nachsuchenden beziehentlich auf das Resultat sorgfältig eingezogener Erörterungen darüber sich gründender Atteste oder ihre Gesuche durch Stellung von Zeugen und Sachverständigen gehörig zu unterstützen und zu becheinigen, indem auf die Vertheilung nachträglich zu führenden Beweises keine Rücksicht genommen werden kann.

Wenn die diesbezüglichen Gesuche nicht im Musterungstermine der verstärkten Ersatz-Commission zur Beschlussfassung vorgelegen haben, so werden dieselben von der königlichen Ober-Ersatz-Commission auch später, beziehentlich bei der Aushebung nicht weiter berücksichtigt, außer wenn der Zurückstellungsgrund etwa erst nach dem Musterungstermine eingetreten sein sollte.

Wünschenswerth ist es, daß — wenn Gesuche um Zurückstellung als Ernährer angebracht werden — die Eltern der betreffenden Militärpflichtigen vor der Commission sich mit einfinden, da behauptete Erwerbsunfähigkeit vorerst durch ärztliche Untersuchung im Musterungstermine bestätigt werden muß.

Die Entscheidungen der Ersatz-Commission auf Reclamationen werden, auch wenn der Reclamant zu deren Anhörung sich nicht eingefunden hat, den dritten Tag nach dem betreffenden Musterungstermine Mittags 12 Uhr als bekannt gemacht angesehen.

Recurre gegen diese Entscheidungen müssen bei Verlust des Rechts ihre Einwendung binnen 10 Tagen von dem vorgezeichneten Zeitpunkt ab gerechnet und zwar spätestens bis 5 Uhr Nachmittags des 10. Tages bei der Ersatz-Commission unter Vorbringung der nöthigen Beweise und Bescheinigungen angebracht werden.

Uebrigens werden die mit der Führung der Recrutirungskammrollen beauftragten Stadtrathe und Gemeindevorstände hiermit veranlaßt, die in ihren Orten ausständlichen gestellungspflichtigen Mannschaften durch Zufertigung besonderer Ordres zum pünktlichen Erscheinen im Musterungsorte — siehe oben — rechtzeitig einzeln vorzuladen, sowie der Musterung selbst beizuwohnen, um die Gestellungspflichtigen nöthigenfalls zu recognosciren resp. über ihre Verhältnisse Auskunft ertheilen zu können.

Großenhain, am 28. März 1887.

Die Königliche Amtshauptmannschaft. von Weissenbach.

D 246.

In.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs Albert

Sonnabend, den 23. April d. J., Mittags 1 Uhr

im Saale des Hotel de Sage ein Festessen statt. Preis des Gedeckes 2 Mark 50 Pfg.

Die Einwohnerschaft von Großenhain und Umgegend wird hierzu mit dem ergebensten Bemerkungen eingeladen, daß Zeichnungen zu dem erwähnten Essen Herr Hotelbesitzer Hunger entgegen nimmt.

Großenhain, den 16. April 1887.

Herrmann, Scheuffler, von Weissenbach, Bürgermeister. Oberamtsrichter. Amtshauptmann.

Bekanntmachung.

Zurückstellungsgesuche für den Fall einer Mobilmachung betreffend.

Reservisten und Landwehrlente, sowie Ersatz-Reservisten I. Classe, ingeleichen diejenigen Gestellungspflichtigen, welche im dritten Militärpflichtjahre stehen, bei der diesjährigen Musterung aber von der Ersatz-Commission zur Ersatz-Reserve I. Classe designirt werden, haben, sofern sie auf Zurückstellung für den Fall der Einberufung aus Anlaß häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse auf Grund von § 64 und 69 Nr. 1 des Reichsmilitär-gesetzes vom 2. Mai 1874 verbunden mit §§ 17 und 18, sowie §§ 13 Nr. 3 und 15

Nr. 2 der Control-Ordnung Anspruch machen zu können glauben, ihre diesfalligen beziehentlich eventuellen Gesuche vor Beginn der Musterung bei dem betreffenden Stadtrathe beziehentlich Gemeindevorstand anzubringen.

Dieser hat die angebrachten Gesuche zu prüfen und darüber eine an den unterzeichneten Civil-Vorständen einzureichende Nachweisung aufzustellen, aus der nicht nur die militärischen, bürgerlichen und Vermögensverhältnisse der Wittsteller, sondern auch die obwaltenden besonderen Umstände ersichtlich sind, durch welche eine zeitweise Zurückstellung bedingt werden kann.

Ueber die eingehenden Gesuche wird die königliche Ersatz-Commission des hiesigen Aushebungbezirks, gemäß § 30 Nr. 4 des angezogenen Gesetzes zusammengesetzt,

Freitag, den 6. Mai dieses Jahres, Vormittags 9 1/2 Uhr im Hotel „zum Gesellschaftshaus“ in Großenhain

Entschließung fassen.

Großenhain, am 29. März 1887.

Der Civilvorstehende der Königlichen Ersatz-Commission des Aushebungbezirks Großenhain.

D 246.

von Weissenbach.

In.

Auf Folium 233 des hiesigen Handelsregisters, die Firma F. Henneberg in Großenhain betreffend, ist am heutigen Tage verlaufsart worden, daß der zeitberige Inhaber, Herr August Franz Henneberg, durch Ableben ausgeschieden und dafür Frau Emma Auguste verw. Henneberg geb. Grätschel in Großenhain als Inhaberin der Firma eingetreten ist.

Großenhain, am 21. April 1887.

Königliches Amtsgericht.

Erster.

Hörnig.

Bekanntmachung.

Die städtische Badeanstalt, Apothekergasse Cat. Nr. 3, ist bis auf Weiteres täglich von Früh 8 bis Abends 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen jedoch nur Vormittags von 6 bis 8 und von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

Der Preis für ein Bad beträgt:

50 Pf. in einer Zink- und 40 Pf. in einer Holz-Wanne,

bei Entnahme von je 12 Stück Abonnementbillets aber nur

40 Pf. in einer Zink- und 30 Pf. in einer Holz-Wanne.

Großenhain, am 22. April 1887.

Der Stadtrath.

Serrmann.

Bekanntmachung.

Die den 1. April a. c. fälligen Brandversicherungsbeiträge sind nach 1 Pfg. von jeder Beitragseinheit längstens bis zum

23. April a. c.

an die Stadthauptkasse zu bezahlen.

Großenhain, am 30. März 1887.

Der Stadtrath.

Serrmann.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 27. April dieses Jahres:

Roh- u. Viehmarkt in Radeburg.

Tags darauf Krammarkt.

Der Stadtrat zu Radeburg.

Fortbildungsschule.

Die neuen Classen der Fortbildungsschule (7, 8, 9) werden Montag, den 25. April, Abends 6 Uhr eröffnet.

H. Hardtmann, Director.

Tagesnachrichten.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat anlässlich des im August d. J. stattfindenden 150jährigen Jubiläums der Universität Göttingen den Prinz-Regenten Albrecht von Braunschweig Rector magnificentiſſimus der Georgia-Augusta ernannt. Die Göttinger Hochschule ist seit ihrer Begründung zugleich die Landesuniversität für das Herzogthum Braunschweig, so daß sich die Verleihung ihrer höchsten Würde an den Prinz-Regenten Albrecht erklärt.

Der Reichstag hat in seiner Mittwochsſitzung debattelos die Novelle zum Reichsbeamtengeſetz in dritter Lesung genehmigt und den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines orientalischen Sprachenseminars, der Budgetcommission überwiesen. Zum Schluß richtete der Präsident an die Vorſitzenden der verschiedenen Commissionen die Bitte, für möglichſt beſchleunigte Erledigung der Commissionsarbeiten zu ſorgen, da jetzt nur wenig Material für die Plenarverhandlungen zur Verfügung ſtehe. Der Donnerstag wurde deshalb für die Commissionsberatungen freigeſtellt, für Freitag aber die erste Lesung der Novelle zum Gerichtsſtufengeſetz auf die Tagesordnung geſetzt.

In ſeiner am 21. April abgehaltenen Plenarſitzung ſtimmte der Bundesrath dem Nachtragsetz nebst Anleihengeſetz zu. Der Etat fordert 172 Millionen Mark vornehmlich für militärische Zwecke: die Durchführung des neuen Militärgeſetzes, den Umbau von Feſtungen, den Bau von Kaſernen und einiger ſtrategiſcher Bahnen, ſowie die Ausrüſtung der Armee mit dem neuen Geſchütz.

Das preußiſche Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die Verathung der kirchenpolitiſchen Vorlage begonnen. Nachdem Abg. Sneyſt ſich gegen dieſelbe erklärt, verlas Abg. Dr. Windthorst eine Erklärung des Centrums, wonach ſich dieſelbe dem Willen des päpſtlichen Stuhles unterwerfen und für die Vorlage in der Faſſung des Herrenhauſes ſtimmen wird. Fürſt Biſmarck wies die Einwendung des Abg. Richter zurück, der katholiſcher als der Papſt ſei; in den Augen der deutſchen Katholiken ſei der Papſt keine ausländiſche Inſtitution. Das Reſultat der Reichstagswahl ſei kein Angſtproduct, ſondern der Ausdruck der Entrüſtung der Nation über die Haltung der Oppoſition unter Richter's Führung. Die nationalen Fraktionen möchten der Curie ſo weit entgegenkommen, als mit den Rechten des Staates verträglich ſei; das Geſchehe durch die Vorlage in der Faſſung des Herrenhauſes, die in keiner Weiſe die Autorität des Staates gefährde. Wenn ſeine Freunde ihn bei der Vorlage im Stiche ließen, würde er ſich aus dem preußiſchen Dienſte zurückziehen und ſich nur dem Reichsdienſte widmen; das erheiſche ſein politiſches Anſehen und ſeine politiſche Ehre. Auf dem Vertrauen zu ſeiner politiſchen Rechtllichkeit und Zuverlässigkeit beruhe ſein Einfluß in Europa. Man gehe vielleicht ſchweren auswärtigen Kämpfen, ſowie inneren Kämpfen gegen die Umſturzparteien entgegen;

es ſei ihm deshalb Bedürfniß, entbehrliche Streitigkeiten abzuthun, wozu für Preußen der kirchenpolitiſche Streit gehöre. Abg. Birchow ſprach gegen die Vorlage, welche nur die hierarchiſche Gewalt des Papſtes verſtärke, worauf Fürſt Biſmarck erklärte, der Vorredner ſei ſein principieller Gegner in allen großen Fragen geweſen. Er (Biſmarck) habe die Majestätsgeſetze bezeichnet, wie es jetzt das Socialiſtengeſetz ſei. Er habe darnach geſtrebt, die Friedliebenden unter den Katholiken zufriedener zu ſtellen; einen Theil unſerer Mitbürger dauernd unter einem Druck zu halten, ſei ein Ziel, wonach er nie geſtrebt habe. Nachdem ſich noch Abg. Gerlach für die Vorlage erklärt mit dem Wunſche, daß auch der evangeliſchen Kirche größere Selbſtändigkeit gegeben werde, wurde die Fortſetzung der Verathung auf Freitag verſetzt.

Die verhafteten Teilnehmer an dem Tumult in Jüllichow, etwa 10 Perſonen, wurden von einem Militärcommando nach Stettin gebracht und in geſchloſſene Verwahrung genommen.

Bayern. Der Prinz-Regent drückte der Witwe des Juſtizministers v. Käuſtle durch ein ſchmeichelhaftes Handſchreiben ſein Bedauern aus, worin es wörtlich heißt: „Der Verſtorbene genoß mein vollſtes Vertrauen; ich hoffte, daß es ihm noch lange beſchieden ſei, mir unter den bewährten Räten der Krone zur Seite zu ſtehen.“

Oeſterreich-Ungarn. Ueber die Unterredung, welche der ruffiſche Viſchſtatter am Wiener Hofe, Fürſt Kobanow, nach ſeiner Rückkunft aus St. Petersburg mit dem Grafen Kalnoſky hatte, verläutet, daß er namens des Kaiſers Alexander III. die nachdrücklichſten Friedensverſicherungen überbrachte und die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ausſprach. Rußland werde ſchon deshalb nicht von ſeiner traditionellen Politik Oeſterreich-Ungarn und Deutſchland gegenüber abgehen, um nicht zwiſchen dem deutſchen und dem ſlawiſchen Stamme gleichfalls den Keim zu dem Neuangebendanken zu legen, der, einmal eingeſetzt, vielleicht Jahrhunderte lang ſeine unheilvollen Früchte tragen werde. Zur bulgariſchen Frage übergehend, machte Fürſt Kobanow ſeinerlei Vorſchläge und bemerkte nur, Rußland rechne immer auf die Aufſindigmachung eines Modus, welcher den berechtigten Wünſchen aller betheiligten Mächte Rechnung trage.

Der Domann der „Akademischen Leſehalle“ an der Prager deutſchen Univerſität, Studioſus Schollar, wurde zur Polizei-direction geladen und auf das Dringende erſucht, er und der Ausſchuß möchten, wenn in der That eine größere Anzahl Studenten aus Deutſchland in Prag eintreffen ſollte, dahin wirken, daß dieſelben nicht im Maſſenzuge die Straßen der Stadt paſſiren, ſondern ſich ſofort vom Bahnhofe aus zerſtreuen. Ein officieller Empfang auf dem Bahnhofe ſei ſelbſtverſtändlich ausgeſchloſſen. Nach den bis jetzt eingelaufenen Meldungen dürfte übrigens die Zahl der eintreffenden reichsdeutſchen Studenten eine ſehr geringe ſein und das übliche Jahrescontingent nicht weſentlich überſteigen.

Italien. In der Deputirtenkammer beantwortete Depretis am 20. April eine Anfrage der radicalen Deputirten Ferrari und Bosdori dahin, daß die Regierung die Frage einer officiellen Theilnahme Italiens an der Pariſer Ausſtellung von 1889 noch nicht erörtert und daher in dieſer Beziehung noch nichts beſchloſſen habe.

Frankreich. In parlamentariſchen Kreiſen glaubt man, die Regierung ſei geneigt, die Verathung des Einkommenſteuergeſetzes zu vertagen, weil ſie hoffe, im Etat Erſparniſſe von 30 Millionen machen zu können, wodurch das muthmaßliche Ergebniß der Steuer erſetzt würde. Der Kriegsminiſter würde hierbei einer Ermäßigung in ſeinem Reſort von 15 Mill. zuſtimmen und ebenso dürften die Miniſter der Marine und der öffentliſchen Arbeiten eine gleiche Ermäßigung zugeſtehen.

Die Gerüchte, daß die Ausſtellung von 1889 nicht ſtattfinden werde, erhalten ſich. Jedenfalls iſt es ſicher, daß bis jetzt noch keine einzige europäiſche Regierung ihre Abſicht, ſich zu betheiligen, endgiltig kundgegeben hat.

An Stelle Deroulades, der zum Ehrenpräſidenten ernannt wurde, hat der leitende Ausſchuß der Patrioteniſten den biſherigen Stellvertreter Vorſitzenden, Sansboeuf, zum wirklichen Vorſitzenden gewählt.

England. Das Unterhaus nahm am 20. April einſtimmig in zweiter Leſung die Vorlage an, wodurch den Poliſtiſten Großbritanniens das Wahlrecht gewährt wird. Die Bannelliten ſtimmen für die Vorlage unter der Bedingung, daß die Vorlage nicht auf Irland Anwendung finde.

Lord Salisbury hielt am Mittwoch in einer Verſammlung der conſervativen Primrose-Liga eine Rede, in welcher er ſagte: Das Botum des Unterhauſes vom Montag beweiſe, wie bedeutungslos die liberalen Oſterdemonſtrationen ſeien. Es ſei die feſte Abſicht der Regierung, die Sache der Freiheit in Irland nachdrücklich zu vertheidigen, indem ſie das Syſtem des Terrorismus, welches jede wirkliche Freiheit unmöglich mache, unterbrücke. Gladſtone, von dem die hervorragenden Männer der liberalen Partei abgefallen ſeien, habe allerdings andererseits zahlreiche ſehr ergebene Parteigänger gewonnen, nämlich die Bannelliten, welche von den Geldbetrüger Denzigen lebten, die offen den politiſchen Mord predigten. Er, Salisbury, glaube, daß die Wähler Gladſtone's ihre Unterſtützung verſagen würden, ſobald ſie inne würden, daß derſelbe die Verbrüderung mit ſo verdächtigen politiſchen Perſönlichkeiten annehme, wie die Bannelliten es ſeien.

Amerika. Es wird jetzt in Waſhington viel davon geſprochen, in dem eiſigen Gebiet Alaska eine Strafcolonie für ſchwere Verbrecher zu errichten, und dieſer Plan ſindet durch das ganze Land Anklang. Die Idee iſt eine gute, denn die Sträflinge könnten dort, wie die Regierung es in Austraſien thut, zum Bau von Straßen und zum Anbau des Bodens verwendet werden. Wahrscheinlich wird im nächſten Congreß eine Bill dafür eingereicht werden, die wenig Widerſpruch finden wird.

Münd mit der worden. Wien, Sprach welche b der Sifti erhoben l Kroppau gründet da dem einem N Paris Baug u haffung Bahnbah Schnäbel von dem Schreibe ihm (Ga zu confer Fuß zu deutlichen Novant der „Me Agitation D englische der bulg „Ich trü rriens, w bemieien ermutigt des ruffi Lunde Goſden begründe dem Vor für das Sterl, d — u Südweſt wellenſö Secunde Rollen l Peter einer die Subſcrip Tagen v feſtgelegt — \* 18. d. M Reg. ein Großenk ſelbſt de Freiherr im Offic den Mit brachte e im Schil Reitbewei Theil un Officiere ſcharfen 6 Stund Großenk neben de nach der der Reich früheren Gemeinb bildet w geſchlich der Wal gabe die Vorſtan Ernst I Stellber Schriftli gewährt. Großenk Amtſgen bei Dtt Diensto bleiben, rückſicht — R. b ahnei „Komet“ Comp. i eingetro aus die than w ſtelle G von 8 I Tage r Dr. Cru Seyfert geladene dieſe W muß. der hüc Theil. räumen. zurück i Haſſe an ſeltigeſe 522 Tha von 50 I Anfang überhan halten. Eienbal mittel 1. Janu 215 W wagen. die Sch ergebnü Länge Jahres — \* „uniber eine fir Reichsg worden. als „Be — \* der Na uniere l